

St. S. IVj-6j

Prag, den 13. März 1941.

Herrn Unterstaatssekretär.

Parteigenosse Schulte-Schomburg hat bei dem Herrn Staatssekretär darüber Klage geführt, dass die Parteiverbindungsstelle bei der Erörterung der mit der Einführung der Meldepflicht im Zusammenhang stehenden Fragen nicht gehört worden sei. Der Herr Staatssekretär hat zwar darauf aufmerksam gemacht, dass Kreisleiter Höss eingeschaltet worden sei, lässt Sie aber desungeachtet bitten, den zuständigen Sachbearbeiter mit Parteigenossen Schulte-Schomburg in Verbindung treten zu lassen, damit eine nachträgliche Unterrichtung über die in der einschlägigen Angelegenheit getroffene Regelung erfolge.

177

[Handwritten signature]

No. 1111
NW Bd

1873

11
Prag, den 13. März 1941.

13. III. 1941

1. Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

Herrn Unterstaatssekretär.

Parteigenosse Schulte-Schomburg hat bei dem Herrn Staatssekretär darüber Klage geführt, dass die Parteiverbindungsstelle bei der Erörterung der mit der Einführung der Meldepflicht im Zusammenhang stehenden Fragen nicht gehört worden sei. Der Herr Staatssekretär hat zwar darauf aufmerksam gemacht, dass Kreisleiter Höss eingeschaltet worden sei, lässt Sie aber desungeachtet bitten, den zuständigen Sachbearbeiter mit Parteigenossen Schulte-Schomburg in Verbindung treten zu lassen, damit eine nachträgliche Unterrichtung über die in der einschlägigen Angelegenheit getroffene Regelung erfolge.

h.
Oberregierungsrat.

2. Z.d.A.

81708
St. G. II 7-67


Prag, den 19. März 1941.

19. III. 1941

1. Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

Herrn H a f e r k a m p.

Parteigenosse Schulte-Schomburg hat bei dem Herrn Staatssekretär Klage darüber geführt, dass die Parteiverbindungsstelle bei der Erörterung der mit der Einführung der Meldepflicht im Zusammenhang stehenden Fragen nicht gehört worden sei. Der Herr Staatssekretär hat zwar darauf aufmerksam gemacht, dass Kreisleiter Höss eingeschaltet worden sei, lässt aber desungeachtet darum bitten, dass der zuständige Sachbearbeiter bei dem Befehlshaber der Ordnungspolizei mit Parteigenossen Schulte-Schomburg in Verbindung trete, damit eine nachträgliche Unterrichtung über die in der einschlägigen Angelegenheit getroffene Regelung erfolge.

2. Z.d.A.

h.

Ent 2

15a

Arbeit zu dienen, so erscheint
ter, als ich nunmehr, und zwar
mit stärkster innerer Beteiligu
beitet habe, und zwar den weita

- a) die Abwasserbeseitigung und
- b) die Trinkwasserversorgung.

a) Bei Beginn meiner Tätigkeit mußte ich sofort die
frage aufgreifen, da Abschlüsse über den Bau einer
Kläranlage auf der Kaiserinsel unmittelbar bevorstar
hatte entgegen einem früheren tschechischen Beschlu
die gesamte Anlage auf der Kaiserinsel im Baba-Bubne
zuführen. Ursprünglich schien auch mir das Projekt t

Bedeutung dieses Raumes nicht
tiefung mußte ich die gewählte
weil keiner der Sachverstän-
eit garantierte und jedes Ba-
Moldau unmöglich geworden wä-
uerlicher gewesen, weil die
der großen Talsperren ein Ba-
ukunft wahrscheinlich unmög-
als Sachverständiger von der
auf meine entscheidende Frage,
f die Kaiserinsel gehöre oder
man dort die großen Erholungs-
pp., schaffen wollte, es un-

eginn meiner Tätigkeit gegen



den Willen der Stadt bzw. gegen den betr. Dezernenten entscheiden, weil die Auffassung des städtischen Amtes nicht genügend unterbaut war. Ich selbst wäre bei der immer grösseren Bedeutung des Baha-Bubnaraumes als zukünftige bevorzugte Grün- und Erholungsfläche der Stadt im Zusammenhang mit Hradschin und Letna überhaupt von der Fachwelt abgetan, wenn ich nicht hart geblieben wäre. Es würde daher bestimmt eine Minderung des deutschen Ansehens gewesen sein, wenn ich einer Anlage zugestimmt hätte, die die vorgenannten Gefahren in sich schloß, während die Tschechen eben aus diesen Gründen in den letzten Jahren des Bestehens ihrer Republik die Anlage an dieser Stelle aus den gleichen Gründen ausdrücklich abgelehnt hatten.

b) Ebenfalls gleich zu Anfang meiner Tätigkeit trat die Trinkwasserversorgung (Dezernent Stadtrat Klein) an mich heran. Man wollte in gesteigertem Maße Wasser aus dem nordböhmischen Kreidegebiet entnehmen, hatte sich aber eine Entnahme aus den großen Sperrern überhaupt nicht gesichert. Störungserscheinungen im Kreidegebiet glaubte man durch Beteiligung an einer kleinen Talsperre bei Beneschau begegnen zu können, insbesondere gegenüber eventuellen Ansprüchen der Landwirtschaft.

Da die Lage keineswegs geklärt war und nicht die Landwirtschaft Besitzer des Grundwassers ist, sondern das Protektorat bzw. bei den engen Zusammenhängen mit dem Elbegebiet das Großdeutsche Reich, habe ich in persönlichen Unterredungen und im Schriftsatz sowohl dem Herrn Primatorstellvertreter wie Herrn Stadtrat Klein auseinandergesetzt, daß ich vor weiterer Klärung noch nicht zustimmen könne, insbesondere nach den neuesten Erfahrungen von Magdeburg, Hannover, Stuttgart usw.

Hinzu kam aber alsbald, daß mir Prof. Speer auf höhere Veranlassung den vertraulichen Sonderauftrag erteilte, die endgültige wasserwirtschaftliche Lage des Großraumes Berlin im Zusammenhang mit den benachbarten Stromgebieten eingehend zu untersuchen. Nach einem kürzeren grundsätzlichen Exposé von mir über diese Fragen, das unmittelbar vor Weihnachten auf dem Berghof abgegeben wurde, habe ich die Arbeiten unter Zuziehung einer

16a

großen Anzahl von Sachverständigen soweit vorwärts getrieben, daß sie bei weiterer angestrengtester Arbeit wahrscheinlich in etwa einem Monat abgeschlossen sein werden. Soviel ist schon jetzt zu sagen, das Ziel der endgültigen wasserwirtschaftlichen Sanierung des wehrwirtschaftlichen Industriegroßraumes Berlin und der Reichshauptstadt überhaupt ist bei starker Beteiligung des böhmischen Beckens erreichbar. Welche Auswirkungen sich für Prag ergeben, wird von den dann zu treffenden Entscheidungen abhängen.

Auch durch diesen vertraulichen Sonderauftrag war ich gezwungen, einen Abschluß weiter hinauszuschieben. Ich habe daher über die letztgenannte Untersuchung sowohl den Herrn Primatorstellvertreter wie Herrn Stadtrat Klein persönlich unterrichtet. Stadtrat Klein schien aber, trotzdem ich ihm den Sonderauftrag eingehend erklärte, die Bedeutung dieser Untersuchungen nicht einzusehen und versuchte, in einer ziemlich erregten Sitzung meine Zustimmung zu einem Abschluß nahezu zu erzwingen, und zwar teilweise in Gegenwart der tschechischen Sachbearbeiter seines Amtes. Dabei hatten die Tschechen seinerzeit im Kreidegebiet in der letzten Zeit ihrer Republik nicht abgeschlossen, weil ihnen der gesamte Fragenkomplex noch nicht klar war und sie ausgezeichnete Fachleute hatten, die zunächst zu weiteren Untersuchungen angesetzt waren. Bei den Tschechen würde es ohne Frage zu einer erheblichen Minderung des deutschen Ansehens geführt haben, wenn ich zugestimmt hätte, insbesondere nachdem sie auch von der großen Untersuchung irgend eine, wenn auch unbestimmte, Kenntnis erhalten hatten.

2. Die Verkehrsfragen behandle ich kurz nach

a) Eisenbahnen,

b) Autobahnen und Straßennetze,

c) Unterpflaster- oder Untergrundbahnen.

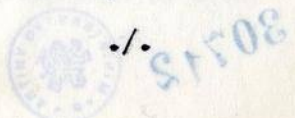
a) Daß das Eisenbahnnetz völlig umgestaltet werden muß, war der tschechischen Eisenbahnverwaltung selbst klar. Sie hatte in langjähriger Arbeit eine Addition von verschiedensten Bahnhöfen mit seinem Hauptbahnhof aufgestellt, die wenig mit einem wirklichen

30713



eisenbahntechnischen Organismus zu tun hatte. Sie behielt fast alle Bahnhöfe bei und sah mitten in der Stadt und im Moldauraum eine unglaubliche Fülle von Viadukten vor. Ein vorhandenes Modell der Eisenbahn selbst ergibt den klarsten Gegenbeweis gegen das Projekt. Umso zäher verteidigte sie ihren Entwurf, so daß von mir nur schrittweise, zum Teil unter stärkstem Druck, die jetzt gesicherte Gesamtlösung in ständigen Kämpfen und Auseinandersetzungen erreicht wurde. Dabei ließen mich wiederholt auch die von mir herangezogenen Professoren im Stich, so daß ich völlig allein stand. Mein tschechischer Vertreter wollte natürlich seine Eisenbahn nicht angreifen. Mein deutscher Vertreter, Herr Stadtrat Dr. Wunderlich, vertret andere Vorschläge, vor allem seine besondere Idee, den Hauptbahnhof mit 14 Gleispaaren, d.h. 28 Gleisen auf die jetzige Eisenbahnbrücke über die Hetzinsel, also quer zur Moldau auf einen Brückenzug von ganz erheblicher Breite zu legen. Bei der ebengenannten Mindestgleisanzahl wäre die ganze Hetzinsel weit überdeckt und der Moldauraum völlig mit einem ausserordentlichen Brückenaufwand abgesperrt gewesen. Ausserdem hätten die Zu- und Abfahrten zum Hauptbahnhof den Moldauraum bis zur Explosion mit Fahrzeugen angefüllt.

Meine Gesamtlösung fand die grundsätzliche Zustimmung von Reichsverkehrsminister Dorpmüller. Staatssekretär Kleinmann äußerte bei seinem Hiersein, mein Vorschlag wäre keineswegs zu großzügig, sondern noch ziemlich bescheiden gewesen. Trotzdem ist mir bekannt, daß immer noch innerhalb des Prager Deutschtums teilweise der Bahnhof auf der Moldaubrücke vertreten bzw. sonstige Lösungen als besser bezeichnet werden. Ich mußte also auch hier der offenbar im Prager Deutschtum herrschenden Ansicht von der Bevorzugung des Moldauraumes entgegenreten. Denn ganz abgesehen von der sonstigen Unmöglichkeit dieses Projektes, wäre allein schon die weitere Verkehrsbelastung an den Moldaufuern unmöglich geworden, insbesondere dann, wenn die mit Sicherheit zu erwartende Zunahme des motorisierten Verkehrs nach dem Kriege auftritt. Es würde sicher nicht zur Verstärkung des deutschen Ansehens geführt haben, wenn ich diesen verschiedenen Vorschlägen nachgegeben hätte



und später von dem zuständigen Reichsverkehrsminister desavouiert wäre.

b) Autobahn und Straßennetz. Zunächst zur Lage der Autobahn.

Als ich meine Tätigkeit antrat, sollte die Autobahn unmittelbar südlich der Beraunmündung das weitgeöffnete Moldautal in nord-west/süd-östlicher Richtung überqueren. Eben dort war auch die Überführung einer neuen Eisenbahngüterstrecke Pilsen - Prag in schräg entgegengesetzter Richtung vorgesehen. In langen Dämmen hätten also diese beiden Verkehrsbänder sich schräg kreuzend das breite schöne Tal zerschlagen. Dies unsomehr, weil als dritte Schwierigkeit, die ebenfalls von beiden Dämmen zu kreuzende hochwasserfreie Staatsstraße entsprechend hoch liegt und daher eine weitere Erhöhung der neuen Dämme zur Folge gehabt hätte.

Die Einführung nach Prag sollte an den Moldaufuern vor allem westufig, d.h. auf der Kampaseite erfolgen. Also vom Norden Neubelastung der Ufer durch einen evtl. Hauptbahnhof auf der Moldau, vom Süden eine neue Belastung durch die Autobahn, alles das in den Moldauraum gestopft. Auf die Folgen brauche ich nicht einzugehen.

Wären diese Eisenbahn- und Autobahnprojekte, die schon gebiligt waren, zur Durchführung gekommen, dann wäre ein solches Fanal völligen technischen und landschaftsgestalterischen Unvermögens unter deutscher Oberherrschaft unmittelbar vor den Toren von Prag an der Beraun-Mündung entstanden, wie man es sich eindrucksvoller nicht vorstellen kann.

Leider hatten auch reichsdeutsche Stellen schon zugestimmt. Daher war die restlose Ablehnung dieses Gesamtprojektes besonders schwierig, weil Eisenbahn, Autobahn und Stadt beteiligt waren. Immerhin hat die Eisenbahn unter starkem Druck ihre Trasse an die schmalste Talstelle gelegt, so daß nunmehr nur ein kleiner Viadukt mit niedrigem Damm entsteht.

Die Autobahn, das wurde mir völlig klar, durfte überhaupt nicht ins Tal, sondern mußte an schmalster Stelle von Höhe zu Höhe

30712



über die Moldau geführt werden. Dadurch ergab sich auch die Möglichkeit, zwei Nord-Süd-Transversalen in

1. der Richtung Museum (1. Transversale)
2. der Richtung Zentralgüterbahnhof und Lieben (2. Transversale)

so in die Stadt zu leiten, daß der Moldauraum vom Lasten- und Durchgangsverkehr völlig freibleibt.

Diese Lösung wurde in der Zeitschrift "Die Straße" des Reichsministers Dr. Todt von seinem Sachbearbeiter besonders hervorgehoben und anerkannt. Trotzdem ist mir bekannt, daß weite Kreise des hiesigen Deutschtums an der Einführung der Autobahnzubringer auf die Moldauufer festhalten. Was die Fachwelt dazu sagen würde, habe ich oben deutlich ausgeführt.

Sodann zur Frage der Durchbildung und Gestaltung der eigentlichen Moldauuferstraßen.

Um in der Frage der Moldauuferstraßen der Auffassung des Prager Deutschtums und wohl auch weiter Kreise der Stadtverwaltung möglichst entgegenzukommen, habe ich in den ersten 3 Monaten meiner hiesigen Tätigkeit die Moldauuferstraßen von meinem deutschen Vertreter, Herrn Stadtrat Dr. Wunderlich, zusammen mit meinen sudetendeutschen Mitarbeitern eingehend untersuchen lassen. Wie sich bei den früheren tschechischen Untersuchungen ergeben hatte, stellte es sich auch hier heraus, daß eine östliche Uferstraße für den Autoverkehr gerade an architektonisch hervorragenden Plätzen (Kreuzherrenplatz) zu derartigen Schwierigkeiten mit Rampen, Auf- und Abfahrten und sonstigen, man kann nur sagen, technischen Überkonstruktionen geführt hätte, daß diese rein technischen Mechanismen sich mit der einmaligen Würde und monumentalen Haltung dieser Plätze sowie des gesamten Moldauraumes niemals vertragen hätten. Dabei ist ganz zu schweigen von der westlichen Uferstraße, die den Autoverkehr mitten durch die Kampa geleitet hätte. Diese Tatsache würde nicht nur zu einer Minderung des deutschen Ansehens, sondern zu einem Sturm der Entrüstung in der gesamten Fachwelt geführt haben. Die Tschechen haben zwar auf beiden

Ufern jahrelange Untersuchungen angestellt, praktisch aber nichts gemacht und daher auch praktisch nichts verdorben.

Auch hier mußte ich mich entschließen, von der Auffassung weiter Kreise des Prager Deutschtums und wohl auch der Prager Stadtverwaltung abzuweichen und, wie ich schon sagte, den gesamten Lasten- und Zubringerverkehr über die beiden Nordsüd-Transversalen in die Stadt zu leiten, um dadurch die Moldauufer freizubekommen. Ich hatte dabei die Genugtuung, die Zustimmung der zuständigen Mitarbeiter des Reichsministers Dr. Todt zu finden, weiß aber nach wie vor, daß dieses Projekt, das in Wirklichkeit der einzige Ausweg ist, von hiesigen Deutschtumskreisen, weil zu weitgehend oder weil neue Grundstückswerte bestimmend, abgelehnt wird. Irgend ein Gegenvorschlag ist mir nicht bekannt geworden.

c) Unterpflasterbahn oder Untergrundbahn.

Zu dem Stockholmer Kongreß 1939 über Städtebau und Nahverkehr schickte mir unmittelbar vor der Bildung des Protektorates die Stadt Prag interessantes Material über die Durchführung einer Unterpflasterbahn. Ähnliche Versuche lagen damals in Nürnberg und San Franzisko vor.

Bei Beginn meiner Tätigkeit stellte ich fest, daß man diesen, an sich einleuchtenden Gedanken, eine Untergrundbahn unmittelbar unter der Straßendecke durchzuführen und damit erhebliche Kosten zu sparen, fallen gelassen hätte. Man hatte einer Reihe von tschechischen Firmen den Entwurf eines baureifen normalen Untergrundbahnprojektes übertragen. Dabei mußte die Unterführung der Hausgruppen deshalb in besonderen Tiefen erfolgen.

19 a
9A

ihrem Antwortschreiben an der Weiterbearbeitung durch das Konsortium fest. Die technischen Gutachter hielten die Weiterbearbeitung für unnötig.

Nunmehr steht einwandfrei fest, daß eine U-Bahn in der vorgesehenen Form die Aufgaben nicht löst, sondern daß die Nahverkehrsprobleme, die in Prag vorliegen, nur mit Hilfe der inzwischen technisch zum Abschluß gebrachten Unterpflasterbahn gelöst werden können. Einzelheiten der Trassenführung, insbesondere in der Innenstadt, stehen in der weiteren Bearbeitung.

Meine Aufgabe war deshalb so schwierig, weil der U-Bahngedanke zweifelsohne von den gesteigerten Bodenwerten der Innenstadt beeinflusst war und nur zu einer weiteren Zusammenballung führen würde, während das Problem darin besteht, die Außenbezirke schnellstens mit der Innenstadt zu verbinden. Nur so erhalten neue Viertel und Siedlungskerne der Wehrmacht, der Ordnungspolizei, des Beamtentums usw. die geeignete schnelle Nahverkehrsverbindung zur Innenstadt.

Ein Nachgeben in dieser Frage würde ebenfalls vor einer späteren Kritik nicht bestehen können, und das umso weniger, weil sich das Konsortium zum Teil in persönlichen Auseinandersetzungen gegen jedes Aufgreifen des Unterpflasterbahngedankens aufzulehnen versuchte. Auch in dieser Frage mußte ich mich zu meinem Bedauern in den Gegensatz zur Stadt stellen.

3. Die räumliche Stadtgestaltung.

Die Ungewöhnlichkeit der Verhältnisse Prags drückt sich auch

So mußte ich dem Versuch der Ordnungspolizei, die General-Roettig-Straße, die demnächst Durchgangsstraße wird, einfach für eine gewisse Teilstrecke zu schließen und zum Innenhof für umliegende Stabsgebäude, Kasinos usw. zu machen, ebenso klar entgegenzutreten, weil sonst jede städtebauliche Ordnung unmöglich wird.

So mußte ich ebenfalls dafür eintreten, daß die deutsche Volksschule in Dewitz nicht auf dem Platz errichtet wird, den die Stadt in der unmittelbaren Nähe des Siegesplatzes käuflich erworben und bereitgestellt hatte. Die deutsche Volksschule würde an dieser Stelle weder den Grundsätzen des neuzeitlichen Schulwesens entsprechen - in einer Grünanlage zu liegen - noch in den Massen des Baukörpers irgendwie in die Erscheinung treten gegenüber der erdrückenden Gestaltung des Siegesplatzes. Statt dessen wurde ein Platz im Ortsteil Dewitz ermittelt, der inmitten einer Grünanlage nicht nur die Massen des Baukörpers wirkungsvoll in Erscheinung treten läßt, sondern als deutsches Beispiel gelten kann, wie man eine moderne Volksschule in eine Grünanlage hineinbettet.

Ich will auch nicht auf die Versuche von wehrwirtschaftlich eingespannten Firmen eingehen, die die primitivsten baupolizeilichen und städtebaulichen Grundsätze mit Füßen treten und dabei die

wehrwirtschaftlichen Dienststellen
Beispiel:

Die Firma Janecek stellt aus v
Antrag auf Errichtung eines B
cher bauordnungsmässiger Vorsc
lungen wurde ein zweigeschossi
zweite Obergeschoß ausdrücklic
den sollte. Die Firma verpflich
ein Projekt vor, mit
erden z.Zt. von tsche
setzten Dienststellen

ei Gebäude mit irgend
nehmen sind, ist selb
tände? Weil die hiesi
aupt nicht durchzugre

es genug. Die von mir verhängte Strafe von 90.000,-- RM ist in diesem Zusammenhang kein Einzelfall.

Daß die Rüstungsindustrie in jeder Richtung hin gefördert werden muß, ist selbstverständlich. Daß aber gerade deshalb schon aus luftschutztechnischen Gründen die Grundsätze einer

neuzeitig eingestellten Baupolizei beachtet werden müssen, ist im Altreich eine Selbstverständlichkeit. Wenn es einen Raum zusammengeballter Industrie gibt, dann ist es der Raum Berlin-Mark-Brandenburg. Er hat die $1\frac{1}{2}$ fache Belegschaft des Ruhrbezirks. Ein derartiges Benehmen der Rüstungsindustrie, die ausgerechnet hier unter deutscher Oberhoheit steht, ist dort überhaupt unfassbar.

Wie die Dinge praktisch liegen, geht daraus hervor, daß beispielsweise einer von den Petitionenten ohne weiteres einen Betrag von 90 000 RM zahlte, als ich feststellte, daß er in keiner Weise den baupolizeilichen und sonstigen Auflagen gerecht geworden war.

Der entscheidende Raum für das alte und das neue Prag ist der Moldauraum. Er wird bestimmt durch die drei großen Zukunftskomponenten, Laurenziusberg mit Deutschtums- und Verwaltungsforum, den Letnar mit Zentral- oder Zentral-HJ-Bauetnem Repräsentationshaus der Stadt in der Nähe der Ka

Auf das Beispiel Salzburg gehe ich nicht näher ein.

aber mit aller Bestimmtheit, daß ohne Abstimmung die per aufeinander, die den Moldauraum im Zusammenhang Hradschin beherrschen, an den Moldaufern nichts ges darf.

Es ist auch der tiefinnerste Grund. weshalb ich in

21a

Im Leben der Völker entscheiden nur die Grundsätze der Einfachheit und Klarheit des Gedankens. Jedes Zeitalter hat dem Städtebau sein Gesicht gegeben. Was ich in dem vorherigen Ausführungen darlegen konnte, war das Gesicht eines großen Werdens, wie dies in deutschen Städten nur in wenigen Intervallen von einem gnädigen Geschick geschenkt wurde.

Was bewegt das Prager Deutschtum? Ich habe mich in diesen Tagen bemüht, auch hierüber Klarheit zu erhalten. Von berufener Stelle wurde mir erklärt, die vorstehend behandelten Fragen, lägen z.Zt. nicht im Interesse des Deutschtums. Es ergäben sich folgende Vorwürfe:

- 1) Verhinderung des HJ-Heims auf der Schützeninsel,
- 2) Verzögerung der Genehmigung des NS-Sportheims,
- 3) Sch...
von
- 4) Ein
- 5) nic

Dazu darf

- 1) V
HJ-Heims
Deutschtu

daß die Eigenschaft, daß er die Landschaftsräume, -weil er die Landschaftsräume von seiner Tätigkeit von der Autobahn gesehen- sehr weiträumig nimmt, häufig die Schwierigkeit, sich in kleinmaßstäblichen Verhältnissen zurechtzufinden. Dies hat sich auch in der Behandlung der Grünflächen auf der Kampa bemerkbar gemacht. Ganz abgesehen davon, daß eine Veränderung der Baumassen völlig ausgeschlossen war, solange die Frage des Laurenziberges endgültig gelöst ist.

3) Der Anlage des NS-Sportgeländes habe ich inzwischen zugestimmt, weil eine Gefährdung der Generalplanung im Baba-Bubnaraum nicht zu befürchten ist.

4) Hinsichtlich der 35 Deutschtumswohnungen war eine kurze Prüfung notwendig, wegen der Durchführung eines Grünstreifens. Es ergab sich dadurch die Notwendigkeit der Verschiebung einzelner Baukörper. Das sind an sich Dinge, die im Altreich ständig vorkommen und im Rahmen der Bautätigkeit einer Großstadt überhaupt keine Rolle spielen. Die Frage ist inzwischen längst gelöst.

5) Der Vorwurf der unzulänglichen Leistung der Planungskommission.

Wenn man ein Jahr mit großen Anstrengungen, mit wöchentlich mindestens zwei Nachtfahrten, unter Fortfall jedes Urlaubs tätig war, und erreichte, daß alle großen grundsätzlichen Fragen unter schwierigsten Umständen gelöst sind, dann ist das eine Leistung, die nicht zu unterschätzen ist.

IV 7-65

St.S. IV J - 62a.

Prag, den 5.Juli 1941.

1. Vermerk.

Dr.Adolf teilte mündlich mit, dass seinerseits an dem Erwerb des Gebäudes des Japanischen Generalkon-
sulates in Prag kein Interesse bestehe.

2.

Handwritten signature

27. Mai 1941.

St.S.IV J - 62a.

27.5.1941

An Herrn
Dr. A d o l f ,
P r a g III,
=====
Moldaulände 3.

Lieber Parteigenosse Adolf!

Unlängst machte ich Sie darauf aufmerksam, daß das Gebäude des Japanischen Generalkonsulats in Prag veräußert werden soll. Ich wäre für eine kurze Nachricht zu Dank verbunden, ob Ihrerseits an dem Gebäude noch ein Interesse besteht. In diesem Falle würde ich dafür sorgen, daß bestimmte private Interessenten als Konkurrenten ausgeschaltet werden.

H e i l H i t l e r !
Ihr

h. 00508

Oberregierungsrat.



2. Wvl. am 26.6.1941 bei dem Unterzeichner.

Dr. von Burgsdorff
Unterstaatssekretär


32
Prag, den 25. Februar 41.

Herrn
Ministerialrat Liebenow.

Es ist doch wiederum der Gedanke an mich herangetragen worden, das japanische Generalkonsulat zu kaufen und wenn es für unsere Zwecke nicht geeignet ist, zu vermieten. Es besteht doch die grosse Gefahr, dass die Protektoratsregierung sich des Objekts bemächtigt.

2

30683



30639



St. S. IV 7-6i

III - 762/177

B.d.

K.H.
H-Ob
m.d.1

St. S. IV 7-61

nung dieser Vereinbarung nicht in das Reich
Böhmen und Mähren verlegt haben,
werden als Forderungen des Reichs betrachtet.

Bei Forderungen aber gegen ein auf dem Gebiet der Ver-
tragsparteien domiziliertes Unternehmen, dessen Betrieb
sich auf Gebiete erstreckt, die teils in das Reich
eingegliedert sind, teils im Protektorat Böhmen und
Mähren liegen, ist nach Billigkeit zu bestimmen, in
welchem Umfange diese Forderungen als Forderungen des
Reichs oder des Protektorats Böhmen und Mähren oder
der Länder Böhmen und Mähren zu betrachten sind.

3. (1) Auch die in Aktien verkörperten Beteiligungen sowie an-
dere Beteiligungen vermögensrechtlicher Natur der
ehemaligen Tschechoslowakischen (Tschecho-Slowakischen)
Republik, des Landes Böhmen und des Landes Mähren
(früher Mähren-Schlesien) an Unternehmen, deren Be-
triebe ausschließlich auf den in das Reich eingeglie-
derten Gebieten getätigt wurden, stehen dem Reich zu.
- (2) Erstreckte sich der Betrieb von Unternehmen auf in
das Reich eingegliederte Gebiete, auf Gebiete des Pro-
tektorats Böhmen und Mähren und der jetzigen Länder
Böhmen und Mähren, oder auch auf in dritten Staaten
gelegene Gebiete, so ist die Beteiligung auf Verlan-
gen der Reichsregierung nach Billigkeit aufzuteilen.

skörperperschaften, deren Gebiet zurückerlangt worden ist, sind nach Billigkeit zu verteilen.

Abschnitt V
Schlußbestimmungen.

Vermögen und Schulden der ehemaligen Tschechoslowakischen Republik, die auf Grund der vorstehenden Bestimmungen übernommen werden, gelten als Vermögen und Schulden des Reichsrats Böhmen und Mähren, es sei denn, daß durch Vereinbarungen mit dem Königreich Ungarn oder der Tschechoslowakischen Republik über die Staatsschuld und das Vermögen der ehemaligen Tschecho-Slowakischen Republik vom 10. und 13. April 1940 etwas anderes bestimmt ist.

Der Reichsrat Böhmen und Mähren bis zur Unterzeichnung der Vereinbarung Zahlungen geleistet oder empfangen, die den Bestimmungen dieser Vereinbarung gemäß der anderen Seite zu zahlen oder zu empfangen hätte, so verzichten beide Teile gegenseitig auf die Geltendmachung von Erstattungsansprüchen. Die Befriedigung etwaiger Ansprüche dritter Personen auf Rückzahlung übernimmt der Teil, der die Zahlung empfangen hat.

11. Die Bestimmungen dieser Vereinbarung gelten nur insoweit, als nicht besondere Regelungen getroffen worden sind oder sind.

Die Vereinbarung tritt am Tage der Unterzeichnung in Kraft.

Berlin, den 1941

Für den Reichsminister der Finanzen

.....

Für den Finanzminister

.....

G.R. mit 2 Anlagen

dem SD-Leitabschnitt Prag,
P r a g ,

St. S. IV /- 55 a

Sicherheitsdienst Rf//
SD-Leitabschnitt Prag

C1 - 29.

Prag-Bubentfch den 20.2.1941.
Sachfenweg
Fernsprecher 77444

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotector
in Böhmen und Mähren.
Eing.: 22.FEB.1941
Tgb. Nr.:

...en, diese ... and
...zustand bei ...
angesehen

An den
persönlichen Referenten
des Herrn Staatssekretärs
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren
//-Obersturmbannführer Dr. G i e s s ,

Prag.

Betr.: Entwurf des neuen Jagdgesetzes für das Protektorat
Böhmen und Mähren.
Vorg.: Dort vom 6.2.1941.
Anlg.: 3.

In der Anlage wird der Entwurf zum neuen Jagd-
gesetz für das Protektorat Böhmen und Mähren zurückgesandt.

i.V.

Uf.
Bemerk: Der Entwurf ist über-
seht. Nach mündlichen Einwürfen
von Landforstmeister Frankl kam
die Vorgang als erledigt betrachtet
werden.

G. G. G.

//-Obersturmbannführer.

27.2.41

h. 26/2.41

35708

Pg. Leentke,
m. d. B. den Entwurf ins Archiv von
übernehmen, idem Empfangsbestätigung
anbestätigen;
den Vorgang erlöte ich zurück.

Klausel 26/2

Empfangs Bestätigung

Sonne

27.2.

St. G. IV 7-55 b

Sicherheitsdienst R.F.M.

SD-Leitabschnitt Prag

Prag, am 28.1.1941.

Urschriftlich mit 6 Anl

Persönlichen Referanten
beim Reichsprotector in

1490
54
März 1941.

Der Reichsprotector
in Böhmen

Gruppe Fort
stärke
11/2

Prag, den
G.R. mit 6 Anlagen
dem SD-Leitabschnitt Prag,
Prag,
SD-Leitabschnitt
177



St. G. IV 7-55

-
5. Art der Beschäftigung
 6. Umgang mit . . . /Waldarbeitern, Büropersonal, Holz-
Holzkäufern/
 7. Anpassung an die dienstliche
Umgebung
 8. Sprachkenntnisse

...

re Interessen politischer,
aftlicher, sozialer oder
ller Art ?

erverwendung in Deutschland zu
en ?

uchte Schwierigkeiten
ondere Wahrnehmungen
iche Punkt 4 der
inien/

E n t w u r f
z u m B e g l e i t s c h r e i b e n .

1. Für die immer mehr wachsenden Aufgaben im grossdeutschen Raume werden Arbeitskräfte gebraucht, die im Altreich nicht zur Verfügung stehen. Die tschechischen Bediensteten, die aus dem Protektorat kommen, können dort nicht hinreichend beschäftigt werden, es muss also ein Kräfteausgleich stattfinden. Die Abordnung tschechischer Beschäftigter zum Forstdienst ist erst ein Anfang, Wir wollen einerseits aus die-
künftig erweitereten Einsatz Erfah-
ts sollen die Beschäftigten nicht
verprellt werden. Denn Viele haben
die neuen Verhältnisse einzufügen.
erwahrung, besonders die unter Punkt 4
: unauffällig durchzuführen, so dass

der 1

zeil:

4 Wo

der 1

kann beim Forstamt zu den verschlossenen gehen
den Fall plötzlichen Abbruchs der Arbeit aus te
politischen Gründen ist der Fragebogen gegebene
derbericht zu übersenden.

4. Die Richtlinien sind streng vertraulich
schluss der Abordnung zurückzusenden. Auch Abs
den Dienststellen zu untersagen.



Prag, den 3. Januar 1941.

SD | 8 I. 1941

Sofort auf den Tisch !

=====

G.R. mit 3 Anlagen

W-Obersturmbannführer Böhme,

P r a g ,

=====

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlagen zur Kenntnis übersandt.

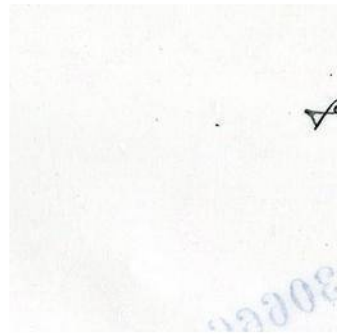
Der Entwurf vom 30.v.Mts. - Zeichen Nr. I 1 c - 5653 soll W-Gruppenführer Frank sofort nach seiner Rückkehr zur Abzeichnung vorgelegt werden. Ich bitte deshalb, die Rückgabe des Vorganges und der Anlagen bis zum 6.d.Mts., vormittags 10.00 Uhr, zu veranlassen.

H e i l H i t l e r !



W-Obersturmbannführer.

St. S. 1/4 53



30662



Prag, den 12. Feber 1941.

G.R. mit 1 Anlage

dem SD-Leitabschnitt Prag,
P r a g ,

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlage zur Kenntnis
und Auswertung übersandt.

Heil Hitler !

gez. Gies,

W-Obersturmbannführer.

10008



St. S. VI-

Sicherheitsdienst RfH
SD-Leitabschnitt Prag

C 6

Es wird gebeten, dieses Geschäftszettelchen und
den Gegenstand bei weiterer Schreiben
anzugeben

4
S. d. d.
1. 5/5.41.

An den

persönlichen Referenten
des Herrn Staatssekretärs
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren
1/4-Obersturmbannführer Dr. G i e s ,

P r a g .

Betr.: Förderung des Wohnungsbaues für die Reichsbedien-
steten - Beamte, Angestellte und Arbeiter - im
Protectorat Böhmen und Mähren.

Vorg.: Dort.Schr.b.v.12.Februar 1941.

Anliegend wird die von dort übermittelte Durchschrift des

73
Prag-Bubentisch, den 22. April 1941.

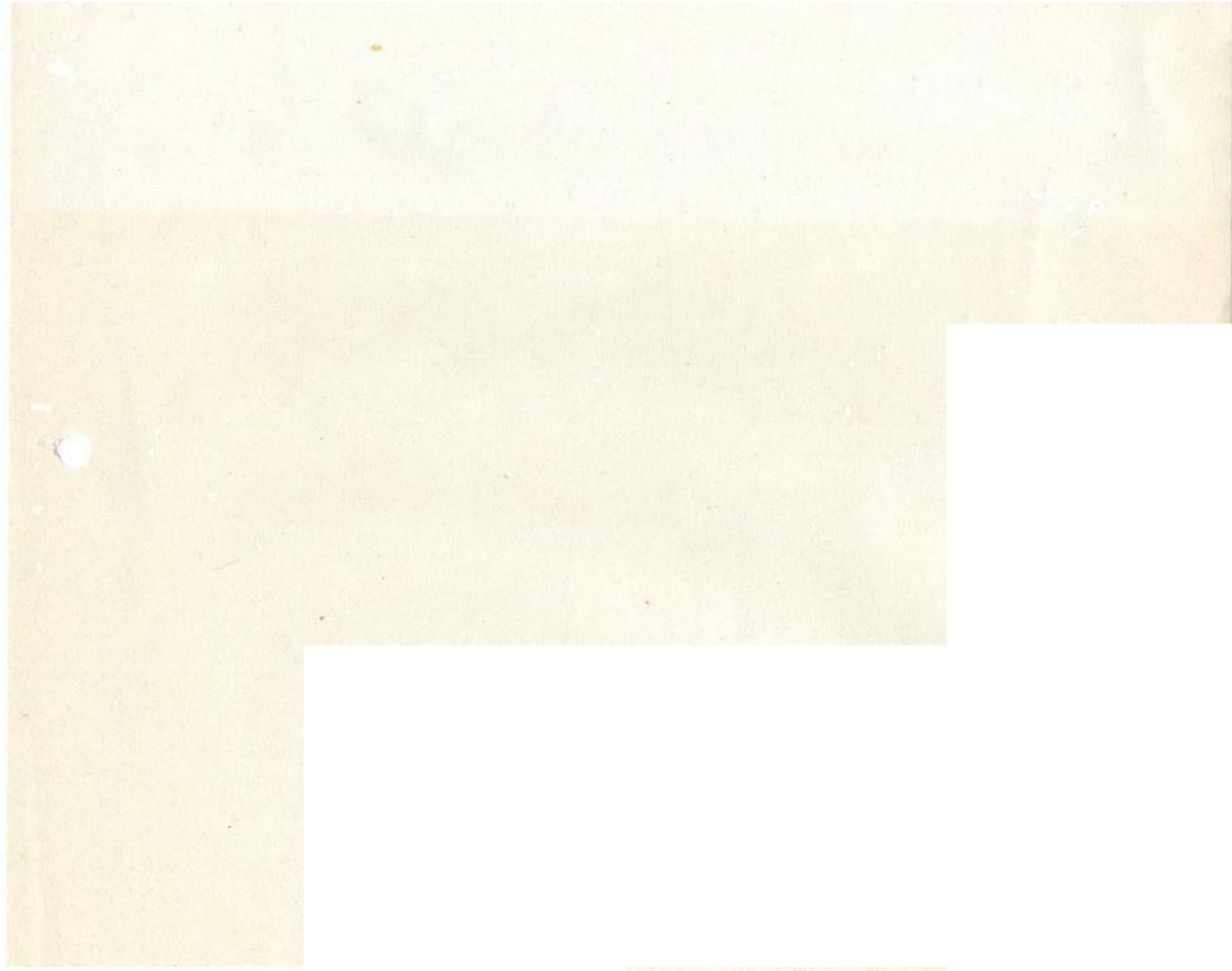
Sachfenweg

Fernsprecher 77444

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotector
in Böhmen und Mähren.

Eing.: 24. APR. 1941

Tob. Nr.



St. S. I

Der Kef
der Deutschen Karl

Egb. Nr.

Prag, am 29. Okt. 1940. 193.....

76

Magnifizenz
Herrn Rektor der Deutschen Karls-
Universität Prof. Dr. Wilhelm ^S a u r e
in P r a g .

Magnifizenz, des Rektors, erstatte ich
Herrn Dr. Erich Bändhauer.

folgenden vertraulichen Bericht an
Herr Dr. Erich Bändhauer
station der deutschen chirurgische
am 1.1.1932 zum Assistenten ernannt
nisse erhielt er im Röntgeninstitu
Prof. Nonnenbruch, unter dem damalig
Herrnheiser. Während seiner langjäh
der chirurgischen Klinik hat sich
verantwortlichen Stellung gebührendes
sehr erfahrenen und diagnostisch s
Er kann heute mit Recht als der be
bezeichnet werden. So urteilt auch
ben vom 8.3.1940 über Herrn Dr. Bar
"Bisher ist die von Pr

die Röntgen-
und wurde dort
ohen Vorkennt-
n Klinik, eh.
. Dr. Gustav
öntgenologe
es seiner ver-
sich zu einem
entwickelt.
loge Prag
a einem Schrei-
ste Röntgen

46a

Es ist mir bekannt, dass es zu Differenzen zwischen Herrn Dr. Bandhauer und den Herren Professoren Dr. Strauss und Albrecht gekommen ist und dass diese Differenzen sich in erster Linie dadurch ergeben haben, dass Herr Dr. Bandhauer als der weitaus erfahrenste Röntgenologe unter diesen drei genannten Herren in einzelnen Fällen in der Behandlung von Kranken einen anderen Standpunkt eingenommen hat als die beiden genannten Professoren. Ausserdem hatte, wie mir bekannt wurde, Herr Prof. Strauss es dem Herrn Dr. Bandhauer übel genommen, dass er gerade jetzt von der Klinik weg-strebt und sich privat niederlassen will, wo Prof. Strauss noch keinen geeigneten Fachröntgenologen für Dr. Bandhauer gefunden oder herangezogen hat. Es kam schliesslich zu einer Kompromisslösung dieser beiden Herren, der darin besteht, dass Dr. Bandhauer noch in den Vormittagsstunden seinen Dienst an der röntgenologischen Abteilung versieht.

Ich selbst habe wiederholtemale Gelegenheit gehabt, mit Herrn Dr. Bandhauer Kranke gemeinsam zu untersuchen, von ihm röntgenisieren und therapeutisch behandeln zu lassen. Ausserdem habe ich ihn einige-mal Demonstrationen im Prager Aerzteverein halten gehört. Ich habe von ihm stets einen ausgezeichneten Eindruck empfangen und bin überzeugt, dass er dem Deutschtum in Prag alle Ehre erweisen wird.

Der Dekan:



30654

Kramm

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei



NSD-Dozentenbund Prag

Der Dozentenbundsführer
an der Universität Prag

Prag ^{I.} ~~II.~~, den 31. Oktober 1940.
Krankenhausgasse Smetanaplatz 2.
Histologisches Institut Ruf: 60898

Altenszeichen:
(unbedingt anzugeben)

Betrifft: Doz. Dr. Erich
B a n d h a u e r .

An den Herrn
Rektor der Deutschen Karls-
Universität
in P r a g .

Dozent Dr. Erich B a n d h a u e r ist nach meinen
Informationen als Röntgenologe ein guter Fachmann. Er be-
herrscht auch die Röntgen-Therapie vollkommen.

H e i l H i t l e r !

Der Dozentenbundsführer der Deut-
schen Karls-Universität in Prag :
M. d. W. d. G. b.

Kuschinsky
/Prof. Dr. Gustav Kuschinsky/



80625

zu St. G. 27. 51

78

Prag, den 19. Dezember 1940.

St. G. 11 51

1. V e r m e r k .

Der Herr Staatssekretär interessiert sich für die Beantwortung der Frage, ob inzwischen das Haus des Trostes dem Dozenten Dr. Bandhauer zur Verfügung gestellt worden sei.

2. K.H. mit diesem Vermerk

Herrn P l a t o

unter Bezugnahme auf die unlängst mit Ihnen gehabte mündliche Besprechung zur Kenntnis und mit der Bitte zugeleitet, dem Herrn Staatssekretär über den Stand der Angelegenheit Vortrag zu halten.

Ergebnis!
1. 11. 12.

80021



Sicherheitsdienst RfH
SD-Leitabschnitt Prag

B 2 - PA 7997

Prag-Bubentfch , 12.3.1941.
Sachfenweg
Fernsprecher 77444

79

Bezirksamt Prag
Landesrat
in Böhmen und Mähren.
Eing.: 13. MRZ. 1941
Tgb. Nr.:

An den
Persönlichen Referenten
des Herrn Staatssekretärs
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren
H-Obersturmbannführer Dr. G i e s

Prag

Betr.: B a n d h a u e r Dr., Erich, Dozent für Strahlenkunde, wohnh.: Prag II., Allgem. Krankenhaus, Chirurg. Klinik.

Vorg.: Dort St.S. IV J 51 v. 17.2.1941.

Anlg.: 4 urschriftlich.

Nach einer hier vorliegenden Meldung wird das Bestrahlungsinstitut " Haus des Trostes" in Brünn zur Zeit noch immer kommissarisch geführt. Dozent Dr. Bandhauer teilte einem Mitarbeiter der hiesigen Dienststelle vertraulich mit, dass er sich um die Röntgenabteilung im Krankenhaus " Bulovka" in Prag an der Leitung des i. Er besitze in Prag e er nicht gerne verli r Zwischenzeit zu eine rauss und Dr. Bandhauer esiger Kenntnis.

K 1273

Soz. am 12. 3. 1941 bei dem
belegzeichnet.

am 17.4 vorgelegt
Hm.

02008
i.v.
Hilfers
H-Obersturmbannführer

St. G. IV 7-51

St.S. IV J - 51.

Prag, den 7. Juni 1941.

1. Vermerk:

Zeitpunkt deshalb V
dem Bezirk schweber
teilnehmen soll, zu
mehr zur Verfügung
stattfindenden Arbe
ordnung abgeordnet

W. J. Schmitt

Lfd. Nr.	Politischer Bezirk	Zahl der zurückgelangten Fragebogen zur Feststellung der deutschen Volkszugehörigkeit	Zahl der ausgesetzten Staatsangehörigkeitsausweise	Anzahl der sonst noch festgestellten deutschen Staatsangehörigen	Anzahl der deutschen Staatsangehörigen u. deutschen Volkszugehörigen
1	2	3	4	5	6

1. Brünn

Brünn-Stadt	43 100	12 916			
Brünn-Land	4 034	190			
Boskowitz	736	124			
Politschitz / Teilbez.					
Seelowitz	603	110			
Tischnowitz	147	79			
	3 701	88			3 798
	52 321	13 507			74 660
	9 979	1 062			14 048
	46				105
	604				904
	2				90

192	285
154	10
78	12
248	40
150	
147	10
156	6

Ledetsch	102
Gumpolds	114
Vom Ger. Bez. Deutsch-Brod	<u>132</u>
	1 984

8. Königgrätz

Königgrätz	759
Königinhof	1 476
Neuhof	1 054

Der Reichsprotector
in Böhmen und Mähren
Nr. I l c - 5635

Prag, den 21. November 1940

An:

- a) die Zentralverwaltung
- b) die Abteilungen I - IV
- c) sämtliche Gruppen einschliesslich Dienststelle für das Land Mähren
- d) den Befehlshaber der Sicherheitspolizei mit 5 Mehrabdrucken
- e) den Befehlshaber der Ordnungspolizei
- f) den Vertreter des Auswärtigen Amts
- g) sämtliche Oberlandräte

Nachrichtlich an:

- h) das Büro des Reichsprotectors
- i) das Büro des ~~Staatssekretärs~~
- k) das Büro des Unterstaatssekretärs
- l) den Wehrmachtbevollmächtigten
- m) die Parteiverbindungsstelle mit 15 Mehrabdrucken

Handwritten notes:
i. a. d.
7/12.40

Betrifft: Regierungsverordnung vom 21.12.1939 Slg.Nr.379 über die Regelung gewisser Personalverhältnisse in der öffentlichen Verwaltung (Einleitung des Beamtenabbaues in der autonomen Protektoratsverwaltung)

Die gemäss der Regierungsverordnung 379/1938 bestehende allgemeine Aufnahme- und Beförderungssperre für alle Zweige des öffentlichen Dienstes läuft am 30.12.40 ab. Infolge der unvermindert anhaltenden Übersetzung des gesamten Beamtenkörpers des Protektorats habe ich den Ministerpräsidenten gebeten, diese Sperre um weitere 2 Jahre zu verlängern. Weiters hielt ich es für zweckmässig, zur Einleitung des kommenden Beamtenabbaues die in obiger Regierungsverordnung festgelegten Pensionsaltersgrenzen herabzusetzen. Die wichtigsten Änderungen dabei sind, dass in Zukunft die Pensionierung bei Männern nach Überschreitung des 55. Lebensjahres und bei Frauen nach Überschreitung des 50. Lebensjahres von Amts wegen erfolgen werden, statt wie bisher nach Überschreitung des 60. bzw. 55. Lebensjahres. Durch diese Massnahme dürften ungefähr 2.000 Bedienstete zum Abbau kommen. Die weitere einschneidende Änderung ist,

St. S. 114 42

97a

dass Pensionierungen erforderlichenfalls vorgenommen werden können, wenn männliche Bedienstete das 45. und weibliche das 43. Lebensjahr überschritten haben, auch wenn der Anspruch auf den vollen Ruhegenuss noch nicht erlangt wurde. Damit ist zugleich die Rechtsgrundlage für einen weitgehenden Abbau der Legionäre geschaffen. Nach dem bisherigen Rechtszustand konnten Bedienstete von Amts wegen in den dauernden Ruhestand versetzt werden, wenn das 55. bzw. 53. Lebensjahr überschritten und der Anspruch auf den vollen Ruhegenuss erlangt war.

Schliesslich wird in Hinkunft die Belassung im Dienste auch bis zum vollendeten 65. Lebensjahre möglich sein, wenn es die besonderen dienstlichen oder volkspolitischen Rücksichten erfordern. Hinsichtlich [redacted] Diensteten deutscher Volkszugehörigkeit [redacted] der Nichtgeltung der Aufnahme- und Beförderung [redacted] bei den bisherigen Anordnungen.

Beglaubigt:

Kawik

Registrator



DER VERKEHRSMINISTER

99

Nr 11/Mk/41.

Prag, den 10. Januar 1941.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Ende vergangenen Jahres änderte die Postverwaltung des Protektorats die Ausgestaltung einiger Markenwerte und gab eine Freimarke zum Werte

St. S. 27 36

Prag, den 26. Novemb

G.R.

4-Obersturmbannführer Böhme,

Prag,

=====

50-Leitabschnitt
52029
Beauftragter: K. L.

mit dem Bemerken zurück
 Frank zur Sache Vortrag
 rauf, dass als Hoheitst
 gruppenleiter, die Krei
 Reichsleiter anzusehen
 der Angelegenheit nicht

na
 dc
 fü
 di
 ha
 ge
 ve

usführungen gegeben w
 u haben, hält es Grup
 stellen, ob im vorlie
 ng irgendeine Anweisu
 ll der Wortlaut der A
 te um die entsprechen

Heil Hitler

*M.H. dem
 befragt die DF44
 zu diesem Problem
 das künftige Jungs
 Wagnis ist*

W



30625

Der Reichsminister des Innern

II SB. $\frac{4802}{6450}$

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den
Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.

An

die Obersten Reichsbehörden,
den Herrn Preuß. Ministerpräsi: